

## **Stellungnahme der Forschungsstelle „Islam & Politik. Interdisziplinäre Perspektiven auf die Dynamiken des Islams“ zu den islamistischen Demonstrationen in Hamburg am 27. April 2024**

Die Forschungsstelle „Islam & Politik. Interdisziplinäre Perspektiven auf die Dynamiken des Islams“ hat mit großer Besorgnis die jüngsten Ereignisse seit dem 27. April 2024 in Hamburg zur Kenntnis genommen, bei denen die Gruppe "Muslim Interaktiv" eine öffentliche Demonstration durchführte. Ihr wird eine Nähe zur Hizb ut-Tahrir (HuT) nachgesagt, die seit 2003 in Deutschland einem Betätigungsverbot unterliegt. Die Teilnehmer lehnten mit ihren Rufen nach einem Kalifat die freiheitlich demokratische Grundordnung ab, die sie als „Wertediktatur“ verurteilten.“ Es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei, wobei mehrere Personen Flaschen und Steine warfen. Die Hamburger Behörden und der Verfassungsschutz sind alarmiert über diese Entwicklungen und betonen die Wichtigkeit einer starken, informierten sowie wachsamem öffentlichen Reaktion, um der Verbreitung extremistischer Ideologien entgegenzuwirken und die demokratischen Werte zu schützen.

Diese Ereignisse spiegeln eine besorgniserregende Entwicklung wider, die auf andere Städte übergreifen könnte. Unsere Forschung zeigt, dass Gruppen wie „Muslim Interaktiv“ eine neue Tendenz der politischen Positionierung annehmen: Sie präsentieren sich im Rahmen ihrer Medienpräsenz als gewaltfrei und distanzieren sich von Terror. Tatsächlich jedoch vertreten sie eine klare islamistische Ideologie, die sich durch ihre Verfassungs- und Demokratiefeindlichkeit auszeichnet. Diese Gruppen verstärken anti-westliche Haltungen und nutzen das häufige Gefühl der Diskriminierung unter Muslim\*innen in Deutschland aus, um bei ihnen negative Einstellungen gegenüber der Mehrheitsgesellschaft zu fördern. Dabei entsprechen ihre islamistischen Postulate nicht der Mehrheitsmeinung unter den Muslim\*innen, die sich vielmehr von diesen islamistischen Bekundungen abgestoßen fühlen.

Unsere besondere Sorge gilt der Fähigkeit dieser Gruppen, soziale Medien effektiv einzusetzen, um ihre Botschaften zu verbreiten und insbesondere junge Menschen anzusprechen. Die Kombination aus einer legalistisch-islamistischen Ideologie und der Nutzung moderner Kommunikationstechnologien kann zu einer schnellen und weiten Verbreitung ihrer Ansichten führen. Dies unterstreicht die Dringlichkeit weiterer Forschungen in diesem Bereich, um besser zu verstehen, wie solche Dynamiken entstehen und welche Maßnahmen ergriffen werden können, um die Ausbreitung dieser radikalen Inhalte zu kontrollieren. Gleichzeitig gilt es, alle Menschen, gleich welcher Weltanschauung, in der Gesellschaft zusammenzubringen, um gegenseitige Empathie und das Verständnis für den jeweils anderen zu fördern. So kann den anti-westlichen und antisemitischen Feindbildern der Islamisten genauso entgegengewirkt werden, wie antimuslimischen und islamfeindlichen Haltungen.

Wir werden daher die komplexen Wechselwirkungen zwischen Islam, Politik und Gesellschaft weiterhin genau analysieren und die Öffentlichkeit sowie die politischen Entscheidungsträger über unsere Erkenntnisse informieren. Durch diese wissenschaftliche und interdisziplinäre Herangehensweise können wir dazu beitragen, effektive Strategien zur Bewältigung dieser Herausforderungen im Sinne einer pluralistischen Gesellschaft zu entwickeln und zu implementieren.

Wir bleiben daher in engem Austausch mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und politischen Akteur\*innen und streben danach, unser Verständnis dieser Dynamiken zu vertiefen sowie zur Formulierung von Lösungsansätzen beizutragen. Unsere Forschungsstelle bietet daher weiterhin Veranstaltungen und Projekte an, um diese wichtigen Themen zu diskutieren und ins Bewusstsein zu rücken. Bei weiterführenden Fragen oder für Diskussionen über unsere Projekte und Veranstaltungen stehen wir gerne zur Verfügung.

**Forschungsstelle „Islam & Politik“**

[islam.politik@uni-muenster.de](mailto:islam.politik@uni-muenster.de)